

An
ETIB GmbH
z.H. Heiner Löhmann

Arster Hemm 52- 54
28279 Bremen
Fax: 0421- 8400210
Mail: heiner.loehmann@etib.de
Tel : 0172/ 4 222223

(Kopie an : Harald Esker (IGM) harald.esker@igmetall.de und das „Solidaritätskomitee Jens Fertsch“
jfertsch@web.de)

Herr Löhmann,

Sie haben am 8. Juli veranlasst, Jens Fertsch, der Mitglied im Wahlvorstand des Betriebsrates bei ETIB ist, von der Arbeit freizustellen. Dies verstehen wir als einen eindeutigen Schritt in Richtung Kündigung. Für diese Maßnahme gibt es keinerlei rechtliche Grundlage. Sie soll lediglich kritische Kollegen einschüchtern.

Die Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb sind schlecht: Die Kollegen müssen in einer Halle im Ladungsträger-Bereich bei Lack, Staub und Lärm arbeiten. Es gibt zwar eine Absauganlage, aber die Filter sind defekt. Ende letzten Jahres haben Sie statt dem Weihnachtsgeld eine Nasenprämie an die ihnen genehmen Kollegen gezahlt.

Jens Fertsch und weitere Kollegen wollten gegen diese Missstände etwas unternehmen. Deshalb haben sie beschlossen, einen Betriebsrat zu gründen.

Sie akzeptieren nicht, dass sich „Ihre Arbeiter“ durch dieses, im Betriebs-Verfassungs-Gesetz garantierte Recht, ein Stück Mitbestimmung erkämpfen wollen. Sie haben Kollegen eingeschüchtert mit der Drohung, sie zu entlassen. Sie haben mit Unterschriftenlisten und in einer Betriebsversammlung gegen den Wahlvorstand gehetzt. Sie haben sogar gedroht, den Betrieb dichtzumachen, falls ein Betriebsrat gegründet werden sollte. Jetzt gehen sie persönlich gegen eines der aktivsten Mitglieder des Wahlvorstandes vor. Doch damit werden sie nicht durchkommen!

Wir werden alle nötigen Schritte einleiten, um sie zu zwingen, Jens Fertsch weiter zu beschäftigen. Wir werden ihr Verhalten öffentlich machen. Ihre dreisten Versuche, eine Betriebsratswahl zu verhindern, tragen wir weiter an alle KollegInnen von ETIB und Daimler-Chrysler, an AktivistInnen der Gewerkschaftsbewegung sowie an die Presse.

Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Druck auf ihre Geschäftspartner (insbesondere Daimler-Chrysler) auszuüben. Diese sollten all ihren Einfluss geltend machen, um einen derartigen Verstoß gegen das Betriebs-Verfassungs-Gesetz zu stoppen.